

OFFENLEGUNG VON INFORMATIONEN ZUM WINDOWS SERVER-BETRIEBSSYSTEM
RECHTSSACHE EUROPÄISCHE KOMMISSION GEGEN MICROSOFT

In ihrer Entscheidung aus dem Jahr 2004 im Rechtsstreit gegen Microsoft kommt die Europäische Kommission unter anderem zu dem Schluss, dass Microsoft europäisches Wettbewerbsrecht verletzt hat, da es der Auflage, seinen Wettbewerbern einige seiner innovativsten Technologien in Zusammenhang mit Server-Betriebssystemen (d.h. Betriebssysteme für Nicht-Desktop-Computer) zur Verfügung zu stellen, nicht nachgekommen ist. Die Kommission verfügte, dass Microsoft detaillierte technische Dokumente, in denen diese Technologien beschrieben werden, zu erstellen und Wettbewerbern Lizenzen für diese Technologien zu gewähren hat. Diese Technologien sind jedoch durch Urheberrechte, Patente und Betriebsgeheimnisse geschützt. Seit 2004 erweiterte die Kommission den Umfang dieser Zwangslizenzierung wesentlich und verfügte, dass Microsoft: (i) diese Technologien weltweit lizenzieren muss; (ii) diese Technologien gegen eine geringe Gebühr oder kostenlos lizenzieren muss; und (iii) Lizenznehmer nicht davon abhalten kann, damit verbundene Microsoft-Betriebsgeheimnisse in ihren Quellcodes offen zu legen.

Microsoft hat die Rechtmäßigkeit des Beschlusses von 2004 sowie die darin verhängten Auflagen angefochten und dagegen Klage beim Europäischen Gericht Erster Instanz eingereicht, das am 17. September 2007 ein Urteil fällen wird. Microsoft ist der Auffassung, dass die von der Kommission geforderten Zwangslizenzen unrechtmäßig sind.

- ***Der Markt für Server-Betriebssysteme ist sehr wettbewerbsintensiv und Kunden profitieren davon.***
Die Auffassung der Kommission, dass andere Unternehmen Zugang zu Microsoft-Technologien benötigen, um am Wettbewerb teilnehmen zu können, ist schlichtweg falsch. Diverse erfolgreiche IT-Unternehmen – unter anderem IBM, Hewlett-Packard, Sun Microsystems und Novell – bieten bereits äußerst wettbewerbsfähige Produkte für Server-Betriebssysteme an. Diese Produkte konkurrieren mit Windows, zum Teil basierend auf der Art von Technologien, die Microsoft nun lizenzieren muss. Im Verlauf des gesamten Verfahrens hat sich kein einziger Kunde darüber beschwert, dass der Einkauf von Server-Betriebssystemen von Interoperabilitätsproblemen beeinflusst werde. Über 50 Unternehmen und Regierungsbehörden legten Erklärungen vor, die bestätigen, dass eine Interoperabilität von Serversystemen Realität und Routine ist. Auch wenn Wettbewerber diese Technologien gerne zu geringen Kosten oder kostenfrei von Microsoft erhalten würden, besteht kein Grund zu der Annahme, dass der Zugang zu diesen Technologien für Wettbewerber ausschlaggebend ist, damit diese effektiv am Markt konkurrieren können.
- ***Neue Theorie der Kommission zur Zwangslizenzierung verhindert Innovationen.***
Um die Zwangslizenzierung gegenüber Microsoft zu rechtfertigen, bedient sich der Beschluss von 2004 einer neuen Rechtstheorie, die besagt, dass Zwangslizenzen gerechtfertigt sind, wenn die Kommission abwägend entscheidet, dass diese Zwangslizenzen Innovationen vorantreiben. Diese vage und rechtlich ungestützte Regelung berechtigt die Kommission dazu, Zwangslizenzen für Urheberrechte, Patente und sonstiges geistiges Eigentum immer dann anzuordnen, wenn sie beschließt, dass diese Innovationen vorantreiben. Die neue Regelung wird zu einer großen Verunsicherung am Markt führen und Innovationen sowie Investitionen marktführender Unternehmen in Europa verhindern. Fundierte Urteile, die von europäischen Gerichten, zuletzt im Rechtsverfahren gegen IMS Health gefällt wurden, erfordern wesentlich höhere und objektivere Standards.

- ***Umfassender Schutz des geistigen Eigentums ist entscheidend für die Förderung des Wettbewerbs und das Wohl der Verbraucher.*** Der umfassende Schutz des geistigen Eigentums ist zentraler Bestandteil der Informationsgesellschaft und elementar für die Förderung einer wettbewerbsfähigen und wissensbasierten Wirtschaft. Wenn marktführende Firmen Innovationen entwickeln, reagieren andere Unternehmen ebenfalls mit Innovationen. Dadurch entsteht eine Aufwärtsdynamik. Die Forderung der Kommission gegenüber Unternehmen wie Microsoft, die ertragreichen Ergebnisse aus Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten praktisch kostenlos an Wettbewerber weiterzugeben, wird den Anreiz für Innovationen nicht nur in der Softwareindustrie verhindern, sondern auch in vielen anderen innovativen Branchen, die geistiges Eigentum entwickeln und nutzen.